

WIE SOZIAL KANN POLITIK IN ZEITEN DER WIRTSCHAFTSKRISE SEIN?

PERSÖNLICHE VORBEMERKUNG:

- Hintergrund: Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit in der Sozialpolitik, mit dem Anliegen ökonomische und soziale Aspekte zusammenzubringen
- 10 Jahre Rektor der WU: Eintauchen in die Bildungspolitik, aber auch Kennenlernen der „anderen Seite“, wenn man für die Verteilung knapper Mittel die Verantwortung hat
- Daher: KEIN wissenschaftlicher Vortrag, sondern persönliche Meinungsäußerung, die sich aus der Beobachtung der wirtschafts- und sozialpolitischen Szene ergibt
- ***Rasche Antwort auf die Frage: Die soziale Kompetenz eines politischen Systems zeigt sich gerade in Krisenzeiten – weil es das Kennzeichen von Krisen ist, die sozialen Probleme von Menschen, die vorher schon benachteiligt waren, zu verstärken und gleichzeitig der Druck entsteht zu „sparen“. Politik muss daher in Krisenzeiten besonders auf die Seite der sozial Benachteiligten gehen, weil sich sonst der Teufelskreis zwischen ökonomischen Krisenphänomenen und sozialen Spannungen verstärkt.***
- Diese Aussage ist wichtig, aber für Fachleute trivial – wir sollten dennoch ein wenig tiefer gehen.

I. AUSGANGSLAGE

- These 1: Eine nachhaltige Lösung von sozialen Problemen braucht die richtige Kombination von konkreter Tat (Initiativen für benachteiligte Menschen im unmittelbaren Gesichtskreis, helfen „vor der Türe“) und von Reflexionen der politischen und sozialen Bedingungen, um soziale Probleme an der Wurzel zu lösen und in der Zukunft zu verhindern. (genau das hat Hildegard Burjan getan)
 - Die Tatsache, dass soziale Probleme in unserer Gesellschaft trotz materiellen Reichtums eher zunehmen als abnehmen, zeigt die Wichtigkeit der Sozialpolitik und die Wichtigkeit, sich nicht nur in der konkreten Sozialarbeit, sondern auch in der Sozialpolitik zu engagieren.
- These 2: Die sozialen und ökonomischen Probleme unserer Gesellschaft wachsen rasch und werden dabei immer globaler
 - Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht nachhaltig gelöst, sondern tritt in eine neue Phase
 - Probleme der sozialen Desintegration in nationaler und internationaler Hinsicht werden immer stärker (Inland: Migrant/inn/en, Asylant/inn/en; international: Flüchtlingsbewegungen)
 - Der demographische Wandel (weltweit wie auch national) scheint immer schwerer bewältigbar zu werden

- These 3: In der sozialen und ökonomischen Problematik werden Verteilungsfragen immer brisanter
 - Beispiel: Betroffenheit von Wirtschaftskrisen
 - Einkommens- und Vermögensverteilung
 - Verteilung von Lebenschancen
 - Auch hier: nationale und internationale Dimension
- These 4: Die Globalisierung der politischen Institutionen und Interventionen hinkt hinter der Globalisierung der Wirtschaft und der Globalisierung der Probleme hinter her
 - Die Globalisierung der Wirtschaft mag kritisiert werden, sie ist jedoch ein unaufhörlicher Prozess
 - Die Natur vieler sozialer und wirtschaftlicher Probleme ist grenzüberschreitend: Umweltproblematik; Armut und Ungleichheit
 - Manche Verursachungsfaktoren von Krisen sind überhaupt „virtuell“: Finanzmärkte, Spekulationen, etc.
 - Die Regulierung, Kontrolle und Lenkung politischer und sozialer Prozesse muss daher zunehmend international erfolgen (Beispiel: Finanztransaktionssteuer)
 - Die dafür vorhandenen Institutionen sind entweder zu klein oder ineffektiv (z.B. EU), oder existieren noch gar nicht

II. LÖSUNGSANSÄTZE

- These 5: Die Größe und Komplexität der Problemlagen verleitet zur destruktiven Pauschalkritik und zum Abgeben jeglicher Eigenverantwortung für die Verbesserung unserer Gesellschaft
 - Da „wir“ die großen Probleme nicht lösen können, liegt es nahe, pauschal „die Wirtschaft“, „den Kapitalismus“, „die Politiker“ verantwortlich zu machen und zu kritisieren.
 - Diese Pauschalkritik ist auch Ausdruck einer gewissen Hoffnungslosigkeit – und ein Anlass, keine eigene Verantwortung für Problemlösungen wahrzunehmen (zu Recht oder zu Unrecht)
 - Dennoch spiegeln Entscheidungsträger/inn/en oft nur die Haltungen wider, die wir selbst leben und propagieren
- These 6: Bei vielen Themen braucht es mehr eine integrierende Sichtweise als eine polarisierende Sichtweise
 - Beispiel 1: Globale Kapitalismuskritik übersieht die vielen Vorteile marktwirtschaftlicher Ordnungen und propagiert oft naive Alternativen – Die Debatte „Marktversagen versus Staatsversagen“ greift viel zu kurz.
 - Beispiel 2: Der Widerspruch zwischen „wirtschaftlichem Denken“ und „sozialen Denken“ wird viel zu wenig bearbeitet und reflektiert (z.B. Frühpensionen, ökonomische Effekte der Staatsverschuldung)
 - Beispiel 3: Der Themenkreis „Integration von Ausländer/inn/en“ bzw. der Flüchtlingsproblematik lebt von der Einseitigkeit der öffentlichen Stellungnahmen
 - Quintessenz: Die politischen Entscheidungsträger werden mit integrativen Ansätzen nicht weit kommen, wenn die Wähler selbst zur Polarisierung neigen

- These 7: Unsere Gesellschaft braucht ein neues und intensiviertes Verständnis von Solidarität
 - Innerhalb des Landes: Die Entsolidarisierung schreitet voran – in vielen gesellschaftlichen Schichten; „Ich bediene mich, weil ich stets einen anderen kenne, der sich noch viel mehr bedient“
 - Die Entsolidarisierung wird auch auf der nationalstaatlichen Ebene zum zunehmenden Problem: Umweltproblematik, Steuerwettbewerb, Engagement im Krisenfall
 - Durch Entsolidarisierung werden die Probleme grundsätzlich noch viel größer (z.B. Steueraufkommen und Wirtschaftskrise; Umweltproblematik und internationaler Wettbewerb)
 - Politische Entscheidungsträger werden durch ihr unsolidarisches Verhalten auf internationaler Ebene in der Heimat meist populärer
- These 8: Die Lösung sozialer und politischer Probleme wird auch Reformen in demokratischen Entscheidungsprozessen notwendig machen
 - In Österreich erleben wir zunehmend das Phänomen, dass die Regierung mit der Opposition in einen Wettbewerb des Populismus tritt; dadurch kommt es in wichtigen (auch nationalen) Handlungsfeldern zu einem Reformstau (Beispiele: viele Themen der Sozialpolitik, Bildungspolitik)
 - Der Machtzuwachs populistischer Gruppierungen und Parteien europaweit birgt die Gefahr, die Grundfesten der demokratischen Systeme zu gefährden
 - Wir müssen über Systemreformen nachdenken, in denen echte politische Alternativen (z.B. wo wird wie viel investiert) direkt diskutiert und danach entschieden wird (mehr direkte Demokratie?); weiters: in denen langfristige Entscheidungseffekte mehr als bisher bewertet werden; in denen zumindest innerösterreichische Regional egoismen reduziert werden
- These 9: Zurück zur Ausgangsfragestellung: Politik wird in Zeiten der Wirtschaftskrise nur dann sozial sein und bleiben können, wenn sich die Fachleute für soziale Arbeit auch selbst in der Politik engagieren und sie „von innen“ mitprägen.
 - Die Mitwirkung von Menschen mit Erfahrung in sozialen Problemen darf sich nicht darauf beschränken, ausschließlich Forderungen zu erheben, was „die Regierung machen soll“. Vielmehr sollten sich auch Menschen mit sozialer Kompetenz den ökonomischen Herausforderungen stellen, die in Wirtschaftskrisen entstehen
 - Provokantes Beispiel: selbst Vorschläge machen, wo Sozialpolitik geändert werden kann, weil sie zum Beispiel nicht „treffsicher“ ist.
 - Man kann es auch anders sagen: Die sozialen und ökonomischen Herausforderungen der Gegenwart brauchen mehr Hildegard Burjans des 21. Jahrhunderts.